

Weltwochenschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **30 (1940)**

Heft 7

PDF erstellt am: **23.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Weltwochenschau

Zweiter Versuch einer Friedensoffensive.

Roosevelt hat einen Beauftragten, Mr. Sumner Welles, nach Europa befohlen, und zusammen mit seinem persönlichen Gesandten beim Vatikan, Mr. Myron Taylor, wird er die italienische, die deutsche und die beiden alliierten Regierungen besuchen. Letzter Zweck dieser Besuche soll natürlich der Abschluß eines Friedens sein; die Neutralen Europas, unter denen Italien an erster Stelle steht, werden mitwirken haben; wichtiger fast noch als die staatlichen Organismen wird die Rolle der Kirche sein, was man schon aus der Nominierung der beiden Beauftragten sieht.

Der amerikanische Präsident will aber nichts überstürzen; das Scheitern der ersten Bemühungen hat ihn belehrt. Und ohnehin weiß er, wie weit die Standpunkte der beiden Lager auseinanderklaffen. Was Sumner Welles soll, ist sehr einfach: Er wird sich informieren. In welcher Hinsicht, das mag man verschieden ansehen. Daß er Beobachtungen anstellen wird, ist sicher. Er wird sich ein Bild über den materiellen und geistigen Zustand des deutschen Volkes ebenso wie der andern kriegsführenden Nationen machen können, und wenn er darüber Bericht erstattet, wird Roosevelt auch darauf Pläne errichten können.

Aber die wichtige, die amtliche Information gilt doch den Kriegszielen beider Parteien, oder genauer gesagt, dem, was sie als Minimum verlangen, um Frieden zu schließen. Wenn also Sumner Welles seinem Präsidenten berichtet, daß die Alliierten siegen wollen, und daß auch die Deutschen nicht daran denken, einen andern als einen siegreichen Frieden abzuschließen, wird in Washington die Ausichtslosigkeit jedes Versuches, Frieden zu stiften, eingesehen werden: man wird erst wieder in die Schranken treten, wenn die Parteien sich furchtbar geschlagen, ihre Länder in Trümmerhaufen geschossen und ihre Jugend geopfert haben.

Kreislich, so grob und so einfach haben wir uns die amerikanischen Absichten nicht vorzustellen. Der angedachte Zweck der „Informierung“ kann ganz einfach Tarnung weitergehender Ziele sein. Man informiert sich, um der Gegeenseite mitzuteilen, was der Ausgefragte allenfalls zugestehen würde. Man will erfahren, ob auf beiden Seiten ein Eventual-Minimum, das den Massenmord vermeiden ließe, vorhanden wäre, und wenn man die beiden Forderungsminima auf einen Nenner bringen könnte, ließe sich vielleicht doch etwas machen?

Die ersten Regungen der beiden Parteien waren sehr verschieden. Von Seiten der Alliierten kam wie schon beim ersten Versuch ein kategorisches „Nein“, in höfliche Form gekleidet. Ihre Friedensziele sind die gleichen wie gestern. Sie wollen den Nationalsozialismus ausschalten; sie wollen sicher sein, daß keine neue Beunruhigung der Welt mehr möglich sei. Und natürlich beunruhigen sie alle amerikanischen Bemühungen um den Aufbau einer neuen, gerechten Weltordnung.

Die deutsche Reaktion auf die amerikanischen Bemühungen läßt sich noch nicht überschauen. Man wäre froh, gerade hierin deutlicher zu sehen. Die Presse hat nicht Stellung genommen, weil die höhern Stellen das nicht wünschen. Sie wird erst loschlagen, wenn die Führung es abietet, und wird die für richtig gehaltene Parole ausgeben. Nachrichten aus Ber-

lin sprechen von einer Bereitschaft, Mr. Sumner Welles höflich zu empfangen und ihn offen zu informieren. Es gab Beobachter, die in diesen Darstellungen schon die Bereitschaft sahen, amerikanische Vermittlung nicht nur anzunehmen, sondern sogar anzuzufassen!

Wir glauben, daß hier ein sehr frommer Wunsch der Vater des Gedankens sei. Welche Aussicht böte Amerika? Könnte es dem Reiche Kolonien verschaffen? Oder seine neuen Grenzen garantieren? Also gerade das, was die Westmächte nicht zugestehen wollen? Roosevelt hat den Westmächten durch seinen Sekretär Cordell Hull erklären lassen, daß die amerikanische Politik nichts unternehmen werde, was sich gegen sie richte. Mit andern Worten: Was auch die deutschen Forderungen sein werden, die Herr Sumner Welles registrieren und nach Washington bringen wird, Amerika wird sich vorderhand auf die Registrierung beschränken und nirgendwo einen Druck zugunsten Deutschlands ausüben.

Ueber diese Haltung kann man in Berlin nicht im Zweifel sein. Aber die Gebote der Höflichkeit sollen beobachtet, Roosevelt nicht vor den Kopf gestoßen werden. Man erinnert sich der früheren mannigfachen Differenzen zwischen dem Regime des Dritten Reiches und USA und stellt fest, daß man in Berlin nicht immer Gewicht auf Höflichkeit legte. Roosevelt hat verschiedene Titulaturen eingeheimst, seine Politik hat sich Bezeichnungen gefallen lassen müssen, die man einem willkommenen Friedensstifter nicht anhängt. Sollte sich das geändert haben, muß man sich nicht wundern, wenn Gerüchte laut werden, als komme Roosevelt gar nicht so ungerufen.

Eins ist freilich möglich: Jemand anders als Berlin kann ihn gerufen haben. Seine Abgesandten fahren zuerst nach Rom. Und sie fahren nicht ohne Fühlungnahme. Man muß den Ausgangspunkt der neuen wie der früheren Friedensfäden also in Rom suchen, mag man auch annehmen, daß Amerika seine eigenen Pläne verfolgt.

Wir wissen, über welche Idee eine Vergleichen der beidseitigen Friedensbedingungen allenfalls gehen könnte: Ueber die Idee der Rettung Finn

Kriege zu glauben, eher auf eine spätere Trennung hin zu arbeiten und den einen Koloß gegen den andern zu manövrieren.

Wozu dient die „Wengand-Armee“ im Morgenlande, die soeben durch eine Landung australischer und neuseeländischer Truppen in Suez verstärkt wird? Wenn nicht offensiv, wird sie zur Verteidigung der irakischen und nordpersischen Petroleumgebiete gebraucht werden. Aber die Möglichkeit einer Offensive auf das russische Baku, die Rußland die Lieferung auch nur einer Tonne Oels oder Benzins an Deutschland verböte, falls sie gelänge, liegt nicht außer Bereich der Möglichkeit. Man schätzt in Berlin die versammelten alliierten Orienttruppen auf eine halbe Million. Morgen mögen es mehr sein. Die türkische Armee und diese Orientarmee sind zusammen keine Kleinigkeit.

Nichts demonstriert mehr als eben das Vorhandensein der Wengand-Armee die britisch-französische Ansicht, es sei mit den Hoffnungen auf Rußland für einmal vorbei ... oder für immer. Wenn schon an eine Trennung der beiden feindlichen Mächte gedacht wird, dann eher noch an die Gewinnung Deutschlands ... nach einem erhofften Umschwung.

Aber es gibt auch andere Anzeichen, die für die allmähliche offene Schwenkung der Alliierten auf die offene Kriegsführung gegen Rußland zeugen. In Paris wird die russische Handelsvertretung überfallartig heimgesucht; die Papiere werden beschlagnahmt und auf russische Mitwirkung bei der unterirdischen deutschen Zermürbungsarbeit in Frankreich und England untersucht. Der russische Botschafter protestiert ... man erklärt ihm höflich die Notwendigkeit der Maßnahme und wird die Dokumente zurückgeben, sobald sie photographiert sind. In normalen Zeiten würden die Russen wohl ihren Botschafter abberufen. Dazu ist es aber noch zu früh. Auch Frankreich beläßt ja vorderhand den seinigen in Moskau, bis alles so weit sein wird.

In England unterstützt die Labourparty in einem Manifest die Politik Chamberlains in der eindeutigen Weise und bezeugt mit klaren Worten, daß die britische öffentliche Meinung für die Rettung der Finnen sei. Was also der Premier mit seiner „vermehrten Hilfe für Finnland“ versprochen hat, weckt in der ganzen Nation Zustimmung und Begeisterung, und die offizielle Zustimmung der jahrelang pazifistischen Labourleute sagt alles Notwendige über die letzten Stadien des Umschwunges in England.

Vielleicht sind die Vorgänge in USA noch wichtiger als die in Frankreich und England. Zwar verfolgt man dort die verblendeten Stalinanhänger noch nicht, wie in Frankreich, wo vierzig frühere Abgeordnete wegen Wiederaufrichtung verbotener Ligen vor Gericht gestellt und verurteilt werden ... man hat sogar Todesurteile gegen flüchtige Moskauer zu erwarten ... USA braucht vorderhand die Sabotage seiner Stalinisten nicht zu fürchten. Dafür bereitet sich der Wandel der Außenpolitik im Sinne eindeutiger Schwenkung gegen Stalin vor. Ein Senator bringt die Motion ein, die Ausgaben für die amerikanische Botschaft in Moskau zu streichen ... das ließe praktisch auf einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen hinaus. Der Senator unterliegt gegen ein knappes Mehr, aber man muß zusehen, wie dieses Mehr zustande gekommen. Mr. Hull, der Staatssekretär, von dem die Sage geht, eigentlich sei er der Außenpolitiker, nicht Roosevelt, erklärt den Senatoren boshaft, der Abbruch der russisch-amerikanischen Beziehungen würde die Hilfe für Finnland hemmen; man lebe besser und liefere den Finnen ohne Komplikationen, wenn es keinen russisch-finnischen und auch keinen amerikanisch-russischen Krieg gebe. Offener hat man wohl noch nirgends als in diesen Bemerkungen, die dem Sinne nach so lauteten, seinen Willen zur staatlichen Unterstützung Finnlands dokumentiert. Die Senatoren haben es auch begriffen und die Auslagen für die Botschaft in Moskau nicht gestrichen. Aber die amerikanische Handelskammer

in Moskau ist geschlossen worden; zahlreiche Lieferungen an Rußland, vor allem solche von Flugbenzin, sind sistiert worden. Man will den Russen, die ihre Flugzeuge mit fremdem Benzin fliegen lassen, weil das eigene nicht „flugfähig“ ist, die Massenflüge der Bomber erschweren.

Wenn nun die Nachricht von einem neuen deutsch-russischen Handelsabkommen bekannt wird, muß man an solche und ähnliche Dinge denken. Rußland soll Rohstoffe, Deutschland Industrieerzeugnisse liefern. Vielleicht gehört zu diesen Industrielieferungen auch „Flugbenzin“, sowie zu den russischen Hauptlieferungen natürlich Petroleum gehört. Die Abschnürung auch Rußlands von gewissen Industriemärkten ist es, die dem deutsch-russischen Zusammenwachsen am eindringlichsten die Richtung weist.

Kein Wunder, wenn sich die Gerüchte nicht legen wollen, Deutschland habe sich um die Beilegung des Finnlandkrieges, der ja die russischen Vorräte aufzehrt, bemüht. Finnland solle ein Stück Karelien abtreten, nur noch ein Stück Karelien. Die Russen würden dann ihre Angriffe einstellen. In Finnland fände eine freie Abstimmung statt, ob man die Regierung Rallio oder aber Ruusinen wolle. Die Finnen würden Rallio wählen, Rußland versprechen, keinen Armeen den Durchmarsch gegen Leningrad zu erlauben, und der entsehlische Adlerlaß an der russischen Wirtschaft und Volkskraft hätte ein Ende. In Berlin wurde dieses Vermittlungsgerücht dementiert.

auf den freigewordenen Bundesratsessel anzuerkennen und die Vorschläge abzuwarten, welche die Katholiken machen werden.

Der Vorstand der katholisch-konservativen Fraktion, der am gleichen Tage und ebenfalls in Bern beriet, gibt seine Ansprüche auf den Sessel bekannt und gibt zugleich die Weisung aus, es sei ein Vertreter der sprachlichen Minoritäten zu bezeichnen. Als Kandidaten standen im Vordergrund drei Nationalräte, nämlich der Freiburger Dr. Aebly, der Walliser Troillet und der als Tessiner geltende Dr. Dollfus.

Man kann annehmen, daß einer der drei Herren Bundesrat werden wird, und daß mit den beiden Fraktionsvernehmlassungen alle weiteren Kombinationen überflüssig geworden sind. Am meisten Chancen scheint uns Herr Troillet zu haben, am wenigsten Dr. Dollfus. Aber die Partei wird erst noch auszuknobeln haben, ob sie mit einem Einervorschlag oder mit einer Auswahl vor die Bundesversammlung treten wird. So wie man die Leute kennt, einigen sie sich sicherlich auf einen einzigen, d. h., diejenigen, die merken, daß sie das Rennen nicht machen, treten beizeiten zurück und stimmen selber für den vorgezogenen Würdigsten.

Herr Dollfus wird sich wenig gefreut haben, von den Freiburgern zu hören, der Tessin habe sicher Anspruch auf Mottas verwaistes Amt, aber regionale Ansprüche müßten zurücktreten vor der hauptsächlichsten Erwägung, den geeigneten Mann zu finden. Die Bezweiflung der Eignung ist zwar ganz harmlos gemeint; man spricht von den internationalen Gründern, die einen Tessiner verlangen, und Herr Dollfus ist ja kein echter fratello; eine gewisse Ortschaft im Kanton Bern ist bekanntlich froh darüber, daß der Tessiner Oberst auch ihr gehört, besonders weil er ein Steuerzahler ist. Und da man den Italienern nicht gut vormachen kann, man setze mit Herrn Dollfus wieder „einen Tessiner“ auf den Bundesratsstif, so klingen die Freiburger Auslegungen sehr neutral und sachlich.

Gerühmt wird der Walliser Regierungsrat und eidgenössische Nationalrat Troillet vor allem wegen seiner Anstrengungen, die Rhoneebene zu kultivieren. Aus dem alten Sumpf- und Krankheitsland ist ja bekanntlich ein Garten geworden, und was wir an Walliser Früchten und neuen Weinsorten genießen, das haben wir Troillet mehr als andern führenden Politikern dieses Kantons zu verdanken. Er wird darum sicherlich auch der Mann der Landwirtschaft sein, die von ihm Verständnis für ihre besondern Nöte erwartet. Und es mag sein, daß auch gerade die Bergbauern überlegen, ob nicht ein „Bergkantonler“ mehr als andere für ihre Belange eintreten würde. Es kommt dazu, daß das Wallis noch nie einen Bundesrat stellte. Und noch eins können wir erwägen: In den Hesten der italienischen Irredenta extremer Richtung wird ja hie und da auch das Wallis unter die Täler gerechnet, in denen eigentlich die „Italiannità“ zu Hause wäre. Vielleicht glauben sie, Troillet sei einer der gleichen Rasse wie Herr Motta. Man nimmt es ja heute oft ungenau, wenn man etwas gern glaubt!

Wie gesagt, es scheint, Herr Troillet stehe unter den Namen obenan, und es werde sich wieder einer der normalen Wahlakte vollziehen, wie wir sie kennen. Wahrscheinlich stellen die Sozialdemokraten wieder Herrn Klöti auf, die Zürcher ärgern sich, daß man ihnen diesen von allen Parteien so geschätzten Stadtpräsidenten nach Bern holen wird, die Fraktionen aber, die den Katholiken Herrn Troillet wählen helfen, bewahren die Zürcher vor dem Verlust.

Verengte Wirtschaft.

Es gibt „rein theoretische Theoretiker“, die behaupten, bei steigenden Preisen müßte die Wirtschaft rapidi anziehen, weil sich nun jeder herbeimachen und ver-

dienen wolle. Daß es nicht so einfach zugeht, d. h., daß eben Faktoren mitspielen können, die diese einfach gefaßten Ursachen und Wirkungen durchqueren und andere Verläufe des Geschehens erzwingen, kann man aus einem Vergleich der Preisbewegung und des „Wirtschaftsvolumens“ in unserm Lande ersehen. Jene „reinen Theoretiker“ mögen einwenden, es sei eben Krieg, und die Kriegswirkungen würfen alles über den Haufen, auch die natürlichen Wirtschaftsgesetze. Sie mögen überlegen, ob man diesen „Faktor Krieg“ nicht in Teilfaktoren auflösen kann, die sich sonst auch zeigen könnten, wie z. B. Einkommenschwund bei den mobilisierten Wehrmännern, Rohstoffverknappung usw. Aber lassen wir die Theorie und sehen wir gewisse Tatsachen an.

Es ist festgestellt worden, daß wir ungefähr die Hälfte weniger Ganzarbeitslose haben als im Vorjahr. Statt 80,000 nur 40,000 Feiernde. Die saisonmäßige Zunahme der Arbeitslosigkeit, z. B. auf dem Baumarkt, ändert nichts an dieser anscheinenden Verbesserung. Aber: Ist die „Beschäftigungslosigkeit“ auch gleichzusetzen mit dem, was in den genannten verbesserten Ziffern zum Ausdruck kommt? Die Hunderttausende Mobilisierter, die durch die Umstände gezwungen sind, zu schanzen, zu exerzieren, Wache zu stehen, also „wirtschaftlich unproduktive Arbeit“ zu leisten, fallen als „Produzierende“ weg, und wenn auch die Angehörigen zu Hause in Uebernahme riesiger Arbeitslast einen Teil der ausfallenden Leistungen wettmachen, es ist doch so, daß die Zahl der „Nichtproduzierenden“ gewaltig angewachsen ist. W